

Wohin steuert Prag in der Kirchenpolitik?

Die Frage nach der gegenwärtigen Kirchenpolitik in der ČSSR löst sofort eine andere aus: Wo ist dort die vaticanische Kirchenpolitik angelangt? Die erste Antwort lautet in kirchlichen Kreisen des Landes: „Sie wollen uns auf kaltem Wege liquidieren!“ Und damit ist die innere Situation kurz, aber treffend ausgedrückt: die Kirche steht vor neuen Anfechtungen und sieht nirgends Hilfe: „Wer wird uns beistehen?“ — so der zweite Teil der ersten Antwort. Auf die zweite Frage muß geantwortet werden: Die Hierarchie wurde — teilweise — gerettet, die Kirche des Landes nicht! Die Erwartungen, die, trotz aller Vorbehalte, auf die im März so unerwartet vorgenommene Ernennung von vier neuen Bischöfen gesetzt worden waren, haben sich in keiner Weise erfüllt. Vielmehr ist, von der kleinen Gruppe engagierter Friedenspriester abgesehen, in Klerus und Kirchenvolk eine große Enttäuschung entstanden. Allgemein herrscht hier das Urteil vor: „Der Hl. Stuhl hat einen zu hohen Preis bezahlt für ein sehr mageres Ergebnis.“ In Prag wird ein schärferes Vorgehen gegen die Kirche erwartet. Wohl hat das Kirchensekretariat bisher nicht gewagt, nach außen sichtbare Fakten zu setzen, dennoch sind Anzeichen eines intensiveren Kirchenkampfes gegeben.

Liquidierung der Orden, Druck auf die Bischöfe

Bekannt geworden ist in letzter Zeit ein noch härteres Vorgehen des Preßburger Kirchensekretärs *Homola* gegen katholische Ordensfrauen. Nachdem ihnen bereits 1970/71 jegliche Mithilfe in der Seelsorge verboten worden war, mußten sie wiederum zurück in geschlossene Anstalten für Geisteskranke und Unheilbare, obwohl allen die freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz gesetzlich zugesichert ist. Nun kam ein noch härterer Schlag gegen jene Ordensschwestern, die während der Dubček-

Ära mit stillschweigender Duldung der Partei in eine Ordensgemeinschaft eingetreten waren. Diese Schwestern mußten nun ihren Orden verlassen und ihren Arbeitsplatz trotz bestehender Arbeitsverträge mit staatlichen Heimen aufgeben. Eine Regierungsverordnung zwingt nun alle Schwestern bis zum 40. Lebensjahr zum Austritt aus dem Orden. Das Ziel ist offenkundig: die langsame Liquidierung aller religiösen Ordensgemeinschaften. Bei den *Männerorden* ist diese Absicht so weit vorangetrieben worden, daß nicht einmal in einer Pfarrgemeinde zwei Angehörige desselben Ordens wirken dürfen. Die Bemühungen um eine Lockerung des Verbotes, bereitwillige Kandidatinnen in die Frauenorden aufnehmen zu dürfen, wurden in den letzten Jahren von den Parteifunktionären immer wieder mit leeren Versprechungen beantwortet; so wurde 1971 ein generelles Zugeständnis im Rahmen einer Neuregelung zugesagt; es kam nicht dazu. Ein letzter Versuch der böhmisch-mährischen „Bischofskonferenz“ im Jahre 1972 wurde im Prager Kirchensekretariat mit einer wütenden Rüge an zwei „Ordinarien“, darunter auch den damaligen Kapitelvikar und derzeitigen Apostolischen Administrator von Olmütz, Prof. *Josef Vrána*, beantwortet. Es ist bezeichnend für die unwürdige Rolle, die kirchlichen Persönlichkeiten bei diesem Vorgehen gegen diese Schwestern zugeordnet wird, daß einer der slowakischen Bischöfe die jüngeren Ordensfrauen im Caritasheim in Smokovec aufgefordert hat, das Haus zu verlassen.

Nicht weniger aufschlußreich ist ein nach außen nicht so auffälliges Taktieren und Agieren der Kirchensekretariate. Die *Bischöfe* werden in ihrer Amtsführung weiterhin, ja noch stärker als vor ein bis zwei Jahren behindert; ihre Hirtenbriefe unterliegen der Zensur; auch ein Publikationsverbot wurde ausgesprochen, obwohl das betreffende Hirtenschreiben den Seelsorgern bereits zugestellt war. Bischof

František Tomásek wurde gezwungen, seinen eigenen Sekretär in eine Landgemeinde zu versetzen. Kardinal *Štěpán Trochta* in Leitmeritz muß sich einen anderen Baufachmann für seine Diözese suchen, weil der bisherige bei dem zuständigen Parteifunktionär in Ungnade gefallen ist. Weihbischof *Kajetan Matoušek* in Prag darf an den Besprechungen der Bischöfe und Kapitelvikare nicht teilnehmen. Bischof *Očenásek*, als Pfarrverweser in einer kleinen Dorfgemeinde bei Königgrätz tätig, mußte das Bistum verlassen und zurück nach Türmitz bei Aussig, wo er nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis und als Hilfsarbeiter nebenamtlich in der Seelsorge eingesetzt war. Keiner der Bischöfe ist in der Wahl seiner engsten Mitarbeiter frei; sie werden ihm vom Kirchensekretariat aufgezwungen. In Prag und in Leitmeritz werden solche „Ernennungen“ erwartet, in Königgrätz ist eine vor kurzem erfolgt. Eine Ausnahme bildet lediglich die Ernennung des Generalvikars in Olmütz, wo solche Eingriffe gar nicht nötig scheinen. Die Ernennung ist auch entsprechend ärgerniserregend ausgefallen.

So konnte die Nachricht schnell Glaußen finden, Bischof *Tomásek* sei amtsmüde und beabsichtige zu resignieren. So verständlich dies wäre, so erfreulich ist die Feststellung, er habe in keiner Weise und zu keinem Zeitpunkt an eine Resignation gedacht, er sei trotz seines hohen Alters (74) fest entschlossen, zu bleiben und alle seine Kräfte im Dienst an Kirche und Bistum einzusetzen.

Drosselung des Nachwuchses

Für die beiden *Priesterseminare* besteht weiterhin eine fühlbare Drosselung der Neuaufnahmen; in Leitmeritz durften im Herbst 1973 von über 60 Bewerbern (aus sechs Diözesen und der Administratur Teschen) nicht einmal 30 aufgenommen werden; in Preßburg wirkt sich die Beschränkung in der Zulassung noch schlimmer aus; hier wurde fast die Hälfte des letzten Jahrganges,

der im Sommer 1974 ordiniert werden sollte, zum Militärdienst eingezogen, obwohl allen Hochschülern Aufschub des Militärdienstes bis nach Abschluß des Studiums zugesichert ist.

Die Anmeldung der Kinder zum *Religionsunterricht* in den Schulen ist in diesem Schuljahr noch mehr zurückgegangen; die Propaganda für eine atheistische Erziehung der Jugend wird intensiviert. Wie eine Ironie erscheint die Tatsache, daß gerade in der Olmützer Erzdiözese, wo die Regierung ihren Starkandidaten als apostolischen Administrator durchgesetzt hat, die Agitation gegen den Religionsunterricht sehr intensiv geführt wird und nicht ohne Erfolg geblieben ist. Schon anfangs des Jahres wurde für die Schulen die Parole ausgegeben: Es genügt nicht, im Unterricht Religion und Glauben unerwähnt zu lassen, sie müssen offen und ausdrücklich bekämpft werden. Lehrern wurde aufs neue jegliche eigene religiöse Betätigung verboten; die in der Verfassung zugesicherte Freiheit eines religiösen Kultes gilt nicht für sie, denn ein Lehrer ist zu einer anderen Einstellung verpflichtet.

Weiterhin werden die beiden „*katholischen*“ *Publikationsorgane* („Katholische Zeitung“ und „Der Geistliche Hirt“) von Friedenspriestern beherrscht und ganz in den Dienst der Priestervereinigung und Parteipropaganda gestellt. Im ganzen Jahr der rein kirchlichen Prager Millenniumsfeier wurde diesem Ereignis weniger Raum gewährt als einer bedeutungslosen Zusammenkunft einiger Funktionäre der total regimehörigen Priestervereinigung mit Parteihierarchen. Die imposante Abschlußfeier des 1000. Gedächtnisjahres der Errichtung des Prager Bistums blieb in der „Katholischen Zeitung“ unerwähnt; der sogenannte Moskauer Welt-Friedens-Kongreß wurde jedoch groß herausgestellt, und dies nicht nur einmal.

Kritik am Vatikan

Die Priestervereinigung „*Pacem in terris*“ konnte sich nicht genug tun, darauf

hinzuweisen, daß die neuen Bischöfe nur aus ihren Reihen kamen; so hat sie es lautstark und immer wieder ins Volk hinausgeschrien. Sie kann heute für sich buchen, daß mehr und mehr wichtigere Stellen mit ihren engagierten Mitgliedern besetzt werden. Angesichts dieser Entwicklung ist es verständlich, daß auch die Unzufriedenheit mit dem Vorgehen des Hl. Stuhles wächst, je mehr bekannt wird, in welcher grober Weise dieser sich täuschen und hintergehen ließ. Eine vorher schriftlich vereinbarte, vom Prager Verhandlungspartner (*Karel Hruza*) selbst formulierte Austrittserklärung des für Olmütz aufgestellten Kandidaten, *Josef Vrána*, aus der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“ blieb trotz Drängen von Rom unveröffentlicht, und Erzbischof *Casaroli* entschloß sich dennoch zur Bischofsweihe. Bischof Vrána hat dann wohl den Vorsitz der tschechischen Sektion dieser Vereinigung abgegeben, jedoch zugleich öffentlich erklärt, in ihr weiterhin mitarbeiten zu wollen. Gutgesinnte Priester erklären vorwurfsvoll: „Wir sollen uns den Friedenspriestern nicht anschließen, der Hl. Stuhl aber läßt sich herbei, ihre Mitglieder zu Bischöfen zu ernennen!“ Und die Unzufriedenheit wird zur Abscheu, wo einzelne Fakten und Ereignisse bekannt werden, die Funktionäre der Priestervereinigung belasten. Es scheint, daß von der KPC ein Grundsatz der fünfziger Jahre wieder mehr praktiziert und genutzt wird: einzelne als Priester zu korrumpieren, um ihrer sicherer zu sein.

Von Resignation oder Mutlosigkeit ist jedoch in Klerus und Kirchenvolk nicht die Rede. Gewiß, ein Teil der Priester geht mit den Friedenspriestern, aber die meisten von ihnen folgen hier eher der Notwendigkeit, existieren, und der Hoffnung, so überleben zu können; es ist dies eine alte und heute weitverbreitete Einstellung im tschechischen Volk, nicht nur in der Kirche.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, regen sich, wenn auch erst in einem engeren Kreis, insbesondere in der Slowakei, Kräfte des Widerstandes gegen eine neuerliche Unterdrückung der Kir-

che, es wächst aber auch die Ablehnung des neuen Apostolischen Administrators von Olmütz und des einen oder anderen allzu regimehörigen Bischofs bzw. Kapitelvikars in der Slowakei.

Keine Martyrer

Wenn eine Prognose gewagt werden soll, so muß mit einer Verschlechterung des kirchenpolitischen Klimas in der nächsten Zeit gerechnet werden, ohne daß eine Wiederholung jener brutalen Maßnahmen der fünfziger Jahre befürchtet werden müßte. „Wir schaffen keine Märtyrer!“ Dieses Wort eines Beamten des Staatssicherheitsdienstes dürfte die taktische Einstellung wiedergeben. Es muß mit einer wohl stillen, weniger sichtbaren, aber dennoch konsequenten Unterdrückung kirchlichen Lebens gerechnet werden: Strikte Ausschaltung der Kirche aus dem öffentlichen Leben, Zurücksetzung kirchlich gebundener Bürger in Beruf und Gesellschaft sowie Entfernung jugendlicher aus religiösen Familien von den weiterführenden Schulen und höheren Berufen, verstärkte atheistische Propaganda in den Schulen und Gliederungen der Partei, immer stärkere Behinderung der Seelsorge und kirchlichen Verwaltung, stetige Drosselung des Priesternachwuchses, weiterer und größerer Mißbrauch der „Katholischen Zeitung“ zur kaschierten Parteipropaganda.

In dieser dunklen Zukunftsprognose bildet die neuerliche Weigerung des Hl. Stuhls, sich für weitere „Verhandlungen“ bereit zu machen, wenigstens einen kleinen Lichtblick. Als im Mai von Prager Seite neue Gespräche in Aussicht gestellt wurden, winkte der Vatikan ab. Der wortbrüchige Chef des Prager Kirchensekretariates war für ihn kein möglicher Gesprächspartner mehr. Um so wichtiger erscheint es, die Entwicklung der kirchlichen Situation in der ČSSR wieder genauer zu beobachten und mit aller Offenheit darüber zu informieren. Prag ist in diesem Punkt ganz besonders sensibel geworden.